

NR-Wahl - Rektorenchef Badelt: „Ich pack's einfach nicht“

Wien (APA) – „Ich pack's einfach nicht“, empörte sich der Chef der **Universitätenkonferenz (uniko)**, Christoph Badelt, am Dienstag bei einer Pressekonferenz über die Pläne von SPÖ, FPÖ und Grünen zur Abschaffung von Studiengebühren und Uni-Zugangsbeschränkungen. Vieles, was jetzt gesagt werde, sei zwar „vernünftig und überlegenswert, aber nicht genug reflektiert, um Schaden von den Unis abzuwenden“. Die den Unis versprochenen Abgeltungen von Einnahmeausfällen und Studienplatzausweitungen würden sich „in einer Dimension bewegen, die nach der Wahl von keinem Finanzminister, gleich welcher Partei, aufgebracht werden können“, befürchtet Badelt.

Die uniko hat bei einer außerordentlichen Plenarversammlung am Montag den Nationalrat aufgefordert, den Antrag von SPÖ, FPÖ und Grünen nicht vor der kommenden Nationalratswahl zu beschließen. „Durch die Verknüpfung eines weitgehenden Entfalls der Studienbeiträge mit der Aufhebung der Zugangsbeschränkungen in bestimmten Fächern würde eine unhaltbare Situation entstehen“, heißt es in dem Beschluss der uniko. So würde die Schaffung von 1050 zusätzlichen Studienplätzen im Fachbereich Medizin die Gründung einer zusätzlichen Medizinischen Universität erfordern, was jährliche Mehrkosten von wenigstens 400 Millionen Euro jährlich bedingen würde. „Eine Lösung dieser Fragen bedarf einer genauen und seriösen Diskussion, die nicht innerhalb weniger Tage zu führen ist“, meinen die Rektoren.

Unterstützung bekamen die Uni-Rektoren von Vertretern von Wissenschafts-, Forschungs- und Fachhochschul-Rat. Der Verfassungsrechtler Walter Berka, Mitglied des Wissenschaftsrats, ist der Ansicht, dass den Unis durch den Beschluss der geplanten Maßnahmen „schwerer Schaden zugefügt wird“. Österreich wäre damit das einzige Land in Europa, wo es weder Zugangsbeschränkungen noch Studiengebühren geben würde. „Österreich würde damit zum Provinzbahnhof, wo nur noch jene Studenten landen, die sonst nirgendwo einen Studienplatz finden“, sagte Berka.

Statt den Unis 150 Mio. Euro an Ersatz für die ausgefallenen Studiengebühren zu bezahlen, wie das geplant ist, sollte das Geld lieber zur Aufstockung der Stipendien verwendet werden. Das wäre nahezu eine Verdoppelung der derzeit für Stipendien zur Verfügung stehenden Summe und sozial viel treffsicherer als die Abschaffung der Gebühren, meinte Berka. Er kann sich auch nicht vorstellen, dass die Finanzierungsversprechen nach der Wahl halten, auch wenn sie nun in Gesetzesform gegossen werden. Das könne durch ein neues Bundesfinanzgesetz einfach aufgehoben werden. „Das was die Unis belastet, kommt auf jeden Fall, das was den Unis nützt, ist nur ein Versprechen“, resümierte Badelt.

Die Abschaffung von Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen würde für den Chef des Rates für Forschung und Technologieentwicklung (RFT), Knut Consemüller, bedeuten, „Mittelmaß zu konstruieren“. Wen etwas nichts koste, sei es

nichts wert, das sei menschlich verständlich. So hätten sich nach Einführung der Studiengebühren die Studienzeiten verkürzt.

Der Präsident des Fachhochschulrats findet es bedauerlich, dass so wichtige Themen aus dem Gesamtkontext herausgerissen würden „und der derzeitigen Lizitationsstimmung zum Opfer fallen“. Die Fachhochschulen (FH) würden rund zehn Prozent ihres Budgets aus Studiengebühren einnehmen, ihr Entfall würde die geplante Erhöhung der Bundesbeiträge um knapp 14 Prozent wieder wettmachen, kritisierte März noch vor Bekanntwerden des neuen Entschließungsantrags von SPÖ, FPÖ und Grünen zur Erhöhung der Bundeszuwendungen an die Fachhochschulen (FH) in Höhe von 34 Prozent.

Badelt ist überzeugt, dass sich die derzeitige Diskussion „in eine positive Entwicklung umgestalten ließe“. Voraussetzung dafür sei, „dass man mit uns redet und eine seriöse Finanzplanung vornimmt“. Sollten die Maßnahmen trotz aller Einwände beschlossen werden, will Badelt nach der Wahl „mit jenen reden, die die Mehrheit haben, um den Normalzustand wiederherzustellen“. Es sei aber ein „Schaden, wenn man vorher ein Gesetz macht, von dem man weiß, dass es nachher nicht funktioniert“.

FP-Wissenschaftsprecher Martin Graf, der die Pressekonferenz besucht hatte, wandte ein, dass die Zugangsbeschränkungen gesetzlich ohnehin nur bis 31. 1. 2010 befristet erlaubt gewesen seien, die Abschaffung also nur ein halbes Jahr vorgezogen werde. Damit würden die Beschränkungen für eine kleinere Zahl an Fächern unbefristet gelten, die Unis erhielten Planungssicherheit. Für Badelt ist „diese Art von Planungssicherheit desaströs“.
(Schluss) cm/jak/hac

APA0422 2008-09-23/14:31